

Faktencheck: Zuwanderung

Differenziertes Denken

„Durch Zuwanderung hat Deutschland eher Nach- als Vorteile“ – so denken laut ARD-DeutschlandTREND (Okt. 2023) ca. 64 % der Deutschen und ebenso viele sprechen sich laut einer Umfrage des NDR (Okt. 2023) für die Aufnahme von weniger Geflüchteten aus – zumindest bei einer pauschalen Ja-oder-Nein-Frage. So zeigt letztere Erhebung auch, dass eine Mehrheit die Aufnahme von Geflüchteten befürwortet, solange diese aufgrund von Verfolgung (62 %) oder Krieg (71 %) ihre Heimat verlassen. Und eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2019) mit ähnlichen Zustimmungswerten für Geflüchtete (67 % und 73 %) ermittelte, dass potenzielle Arbeitskräfte für Branchen mit Personalmangel (79 %) sogar noch willkommener sind (siehe Abbildung unten).

Wir sind ein Einwanderungsland

Die haben wir auch bitter nötig. Deutschlands Fertilitätsrate lag von 1970 bis 2021 im Schnitt bei nur 1,46 Kindern pro Frau – ohne Zuwanderung gäbe es einen starken Bevölkerungsrückgang. Das Resultat: Heute hat mehr als jeder Vierte einen Migrationshintergrund (zur Hälfte Ausländer mit eigener Migrationserfahrung), bei unter 15-Jährigen sind es beinahe 40 %. Das spiegelt auch der Arbeitsmarkt wider, wo ganze Branchen, wie z.B. der Hochbau (zu 49 %) von Ausländern abhängen. Und dieser Trend setzt sich fort, da bis 2036 mit den Babyboomern 18 Mio. Menschen in Rente gehen – aber nur 11 Mio. nachrücken. So ist laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bis 2060 jährlich eine Nettozuwanderung von 400.000 Personen nötig, um das jetzige Erwerbspotenzial zu halten – NETTO!

Mehr Internationalität wagen

Da Zugewanderte oft nicht dauerhaft bleiben und auch Deutsche auswandern, erfordert dies dann nach IAB pro Jahr Zuzug von 1,6 Mio. Menschen – was nur unter

Einbezug von Nicht-EU-Staaten (Drittstaaten) möglich ist. So zeigt eine Studie der Bertelsmann Stiftung von 2019, dass Deutschland ohne diese von 1970 bis 2009 Netto-Null-Zuwanderung gehabt hätte und der ab da gestiegene Zuzug aus der EU wegen inzwischen abflauender Effekte der EU-Osterweiterung und Staatsschuldenkrisen schon ab 2025 auf unter 400.000 Personen fällt. Gerade durch die verstärkte Zuwanderung aus Drittstaaten wurde von 2010 bis 2021 also die genannte Nettozuwanderung von 400.000 Menschen knapp erreicht – und trotzdem schätzt die DIHK den Wirtschaftsverlust durch den Fachkräftemangel auf bereits 100 Mrd. Euro.

Die älteste Region der Welt

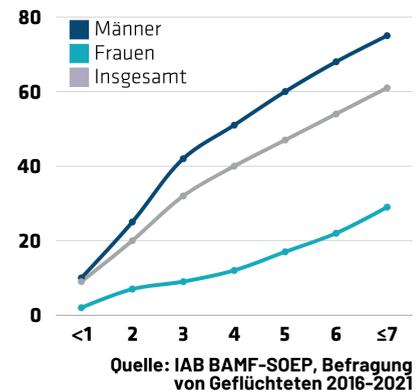
Dabei ist die Lausitz besonders betroffen. So liegt laut der Agentur für Arbeit Cottbus die hiesige Vakananzzeit mit 152 Tagen deutlich über dem Schnitt von 121 Tagen. Weiterhin nahmen beim Lausitz Monitor 2023 fast zwei Drittel einen starken Fachkräftemangel beim Arbeitgeber wahr. Grund dafür ist, dass nicht alle Regionen gleichermaßen Anteil am verstärkten Zuzug der letzten Jahre hatten. So lebten laut bpb 2022 rund 94,6 % aller Personen mit Migrationshintergrund im Westen und in Berlin – der Osten dagegen hat dem ifo Institut zufolge eine Population so niedrig wie 1905. Während hier mit dem Strukturwandel also über 20.000 neue Jobs entstehen, ist das Durchschnittsalter (BBJ2020) mit knapp 49 Jahren dem Japans ähnlich und die Erwerbsbevölkerung sinkt weiter drastisch – laut der Agentur für Arbeit Cottbus von 630.000 auf 510.000 Personen von 2020 bis 2030 – ein existenzielles Problem.

German Angst

Dass der Zuzug von Geflüchteten teilweise trotzdem abgelehnt wird, liegt laut Deutschland-Monitor 2022 an Sorgen vor zu hohen Kosten für den Staat und vor Kriminalität. Dabei sank letztere nach Bundeskriminalamt seit 1993 aber fast konstant und kehrte 2022 nach Corona lediglich auf ein Niveau zurück, das noch unter dem von 2017 liegt. Und wenn man bedenkt, dass der Fachkräftemangel bereits 100 Mrd. Euro pro Jahr kostet, relativieren sich die jährlichen Ausgaben für Flucht und Migration (Aufnahme bis Soziales) von 48,2 Mrd. Euro und für das Bürgergeld (inkl. Verwaltung etc.) von 43,8 Mrd. Euro (2023). Zumal gerade beim oft kritisierten Bürgergeld Menschen mit Migrationshintergrund unter den 3,93 Mio. arbeitsfähigen Empfängern mit 62 % zwar tatsächlich den Großteil ausmachen, die Gründe wie mangelnde Sprachkenntnisse aber auf der Hand liegen (so sind nicht einmal 1 Mio. der 3,93 Mio. langzeitarbeitslos, Deutsche inklusive – während der Rest Weiterbildungsmaßnahmen besucht, einen Minijob hat etc.).

Erwerbstätigenquote nach Geschlecht und Aufenthaltsdauer

Anteile unter den Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter in Prozent



Weiterhin steigt die Erwerbstätigenquote von Geflüchteten innerhalb von 7 Jahren Aufenthalt in Deutschland auf 62 % – bei Männern mit rund 75 % entspricht das sogar fast dem deutschen Durchschnitt. Damit werden die jährlichen Ausgaben von Rentensystem (117 Mrd. Euro) und Krankenkassen (289 Mrd. Euro) auch von Menschen mit Migrationshintergrund mitgetragen, während sie nur 11,5 Prozent der profitierenden über 65-Jährigen ausmachen.

Integration statt Remigration

Die Lausitz hat kein Abwanderungsproblem. Das verdeutlicht eine Studie der BTU für die brandenburgische Lausitz von 2023, die zeigt, dass der hiesige Wanderungssaldo von 2015 bis 2021 immer positiv bei 2.500 bis 5.000 Personen lag, der Bevölkerungsrückgang dadurch aber trotzdem nicht gebremst werden konnte. Und da die Erwerbslosenquote mit 3,1 % (Dezember 2023) in Deutschland bei nahezu Vollbeschäftigung liegt und laut Experten wie Sebastian Terstegen vom Institut für angewandte Arbeitswissenschaft auch Hightech-Lösungen wie künstliche Intelligenz in absehbarer Zeit, ähnlich wie bei anderen Technologiesprüngen in der Vergangenheit (z.B. dem Industrie-Roboter) kurzfristig nicht Arbeitsplätze einsparen, sondern sogar fürs Erste neue entstehen lassen, ist das im Inland noch mobilisierbare Erwerbspotenzial also nahezu ausgeschöpft. Wir brauchen dementsprechend dringend eine Debatte, wie mehr und bessere Integration gelingen kann, anstatt diese auch noch auszubremsen – denn wie die Fakten zeigen, wird gerade die überalterte Lausitz ihren Wandel ohne Migration nicht erfolgreich gestalten können. ☒

Finden Sie, Deutschland sollte zukünftig mehr oder weniger Menschen aufnehmen, die ...

	weniger	gleich viel wie jetzt	mehr
... hoch qualifiziert sind und in Deutschland arbeiten wollen	17%	29%	53%
... in Branchen arbeiten wollen, in denen es an Personal mangelt?	20%	27%	52%
... vor Krieg oder Bürgerkrieg fliehen?	26%	38%	35%
... vor Verfolgung aufgrund ihrer religiösen, politischen oder sexuellen Orientierung fliehen?	31%	39%	28%
... aus wirtschaftlichen Gründen oder vor Armut fliehen?	57%	27%	13%

Quelle: politytix 2019



Aktuelles und Hintergründe zum Thema in unserem Linktree zur Zuwanderung

Faktencheck: Klimawandel/Energiewende

Fakt ist Fakt

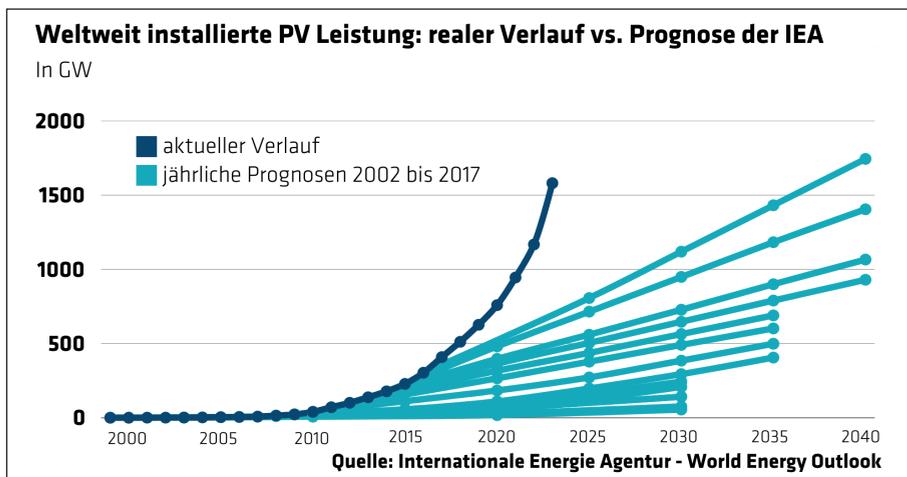
Der menschengemachte Klimawandel ist schon lange wissenschaftlicher Konsens. Das zeigt z.B. eine Untersuchung an der Cornell-Universität von 2021, die 88.125 wissenschaftliche Arbeiten aus 2012 bis 2020 analysierte und nur 28 mit einer abweichenden Meinung fand. Auch 2009 kam bereits eine Umfrage unter 3.146 Geowissenschaftlern zu einem Konsens unter über 97 % der Klimatologen – bei den Geologen aus der Privatwirtschaft waren es nur 47 %. Und wegen solcher wähnt man in Deutschland laut einer Befragung des King's College London (Jan. 2022) auch heute noch die Übereinstimmung in der Wissenschaft bei nur 69 % – und nach einer Umfrage von YouGov (2023) glauben lediglich 64 % der Deutschen auch wirklich an einen menschengemachten Klimawandel.

Weitere Metastudien zum wissenschaftlichen Konsens: Oreskes 2004, Doran 2009, Anderegg 2010, Cook 2013, Verheggen 2014, Stenhhouse 2014, Carlton 2015, Cook 2016, Powell 2019, Lynas 2021, Myers 2021, ...

Undenkbar Folgen

Dabei sind dessen Auswirkungen schon heute spürbar. Laut EU-Klimawandeldienst Copernicus war 2023 das heißeste Jahr seit 125.000 Jahren mit einer Durchschnittstemperatur, die 1,46 °C über dem Referenzwert von 1961 bis 1990 lag. Bei weiter steigenden Emissionen wäre so, laut dem 6. Sachstandsbericht des Weltklimarat IPCC, mit einem Temperaturanstieg von bis zu 5,7 °C und einem Meeresspiegelanstieg von bis zu über einem Meter bis 2100 zu rechnen, was wiederum vermehrt Naturkatastrophen nach sich ziehen würde. Gleichzeitig würden laut einer Studie von 2013 rund 57 % der Pflanzen- und 34 % der Tierarten bis 2080 die Hälfte ihres Lebensraums einbüßen.

Das Wright'sche Gesetz besagt, dass bei steigender Gesamtproduktion eine Technologie immer billiger wird, was sich auch bei Erneuerbaren bewiesen hat, die von 2012 bis 2022 drastisch im Preis gesunken sind: Offshore Wind minus 73 %, Solar minus 80 % und Batterien minus 80 %. Dadurch erleben diese gerade einen exponentiellen Anstieg, der alle Prognosen der IEA übertrifft.



Mehr als nur 1,8 %

Deswegen hat sich Deutschland 2015 in Paris mit 194 weiteren Staaten dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf 2 °C zu begrenzen, mit dem eigenen Ziel, 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Denn als drittgrößte Industrienation mit 12,45 % Anteil am weltweiten Handel beeinflusst Deutschland die globalen Emissionen weit mehr, als der im Inland gemessene Beitrag von 1,8 % suggeriert. So befürworten laut dem Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer von 2023 auch 68,3 % der Deutschen die Energiewende, aber mit sinkender Zustimmung (sh. Abb. rechts). 2022 waren es noch 74,1 % und laut einer Forsa-Umfrage glauben nur noch 10 %, dass der Energiebedarf in absehbarer Zeit allein durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann.

Hausgemachter Pessimismus

Dabei tragen laut einer Studie der Universität Lausanne von 2023, in der die Berichterstattung zu 50.000 wissenschaftlichen Artikeln analysiert wurde, gerade die Medien Verantwortung dafür. So behandelten fast zwei Drittel der aufgegriffenen Artikel die Schwere des Klimawandels (nur 27 % der Publikationen), während Regionales und Lösungen bis zu 7-Mal unterrepräsentiert waren. Da verwundert es nicht, dass der Lausitz Monitor 2023 zeigt, dass hier, wo der Strukturwandel tatsächlich umgesetzt werden muss, Resignation herrscht und nur fast die Hälfte die Energiewende unterstützt – und die Befürwortung des Kohleausstiegs laut der Ariadne-Analyse von 2023 sogar rückläufig ist, wie in Spree-Neiße (40 % in 2017 – 22 % in 2019).

Aufwind 2.0

Dabei läuft die Energiewende gerade global auf Hochtouren. So erreichten die weltweiten Investitionen in CO₂-arme



Technologien in 2023 laut einer Studie von BloombergNEF (Jan. 2024) rund 1,77 Billionen US-Dollar (2019 noch „nur“ 565 Billionen), mit dem Resultat, dass nach Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) Erneuerbare schon 2025 mit einem Drittel der weltweiten Stromerzeugung Kohle als wichtigsten Energieträger ablösen sollen. Und auch Deutschland verzeichnete 2023 einen Rekordausbau der Solarenergie mit 14 Gigawatt und mit rund 3,5 Gigawatt ein Niveau bei der Windenergie, das wieder dem des Zeitraums 2014 bis 2017 entspricht. Damit stieg der Anteil Erneuerbarer am Strommix erstmals auf fast 60 %.

Die Lausitz geht voran

Deutschland, dessen Primärenergieverbrauch 2022 zu knapp 70 % von Importen abhing, könnte durch Erneuerbare unabhängiger werden und allein bei Erdgas und Rohöl jährlich im Schnitt (2008 bis 2014) bis zu 50 bzw. 30 Milliarden Euro sparen. Erneuerbare haben aber gerade noch einen Anteil von nur 17,6 % am Primärenergieverbrauch, hier ist also noch Fortschritt nötig – der sich besonders in der Lausitz zeigt. Ob das Umsteigen der LEAG von 8 GW aus Kohle auf 14 GW aus Erneuerbaren, das Entstehen einer umfassenden Batterie-Wertschöpfungskette, 3,5 Milliarden Euro Investitionen in die Dekarbonisierung der Industrie oder die Chance auf den Sonderstatus eines Net Zero Valley mit mannigfaltiger EU-Förderung: Die Lausitz ist gerade auf dem besten Weg an die Spitze eines Marktes, der – wie die angesprochene Studie von BloombergNEF aufzeigt – weltweit expandiert. Und dafür bedarf es nun auch eines breiten Rückhalts dieser Entwicklung durch die Lausitzer selbst. ☒



Aktuelles und Hintergründe zum Thema in unserem Linktree zur Energiewende

Faktencheck: Ostfrust und Medien

Zwei Deutschlands

Über 33 Jahre ist die Wiedervereinigung mittlerweile her – und trotzdem sieht man auch heute noch auf vielen Karten eine klare Abgrenzung Ost- und Westdeutschlands. So liegt das Jahresbruttogehalt hier im Schnitt bei 45.070 Euro (im Westen bei 58.085 Euro), das vererbte Vermögen bei 10.000 bis 20.000 Euro (in Bayern oder Baden-Württemberg bei 120.000 bis 250.000 Euro), die Zahl der DAX, MDAX bzw. SDAX-Unternehmen bei 3 (im Westen bei 149), das Durchschnittsalter bei 47,2 Jahren (im Westen bei 44,2 Jahren), die Bevölkerungszahl auf dem Niveau von 1905 – im Westen hat sie sich seitdem mehr als verdoppelt. Die Liste dieser Ungleichheiten würde sich wohl noch lange weiterführen lassen.

Ungleiche Last

Deren Ursache liegt dabei vor allem in der Nachkriegszeit. Während die vom Krieg selbst kaum betroffene USA mit dem Marshallplan die BRD zum Wirtschaftswunder werden ließ, demontierte die in Trümmern liegende UdSSR rund 3.000 Betriebe auf dem Gebiet der DDR – darunter z.B. vier Fünftel der Fahrzeugindustrie, drei Viertel der Eisenerzeugung und die Hälfte des Schienennetzes. Der Osten büßte damit bis 1953 ca. 30 % seiner Industriekapazität ein. Dem Bremer Historiker Arno Peters zufolge hätten so die Bürger der BRD pro Kopf nur 35 Mark, die der DDR dagegen 6.712 DM an Reparationszahlungen geleistet – Zahlen, die zwar als utopisch gesehen werden, aber verdeutlichen, dass gerade der Osten für Deutschlands Kriegsschuld zahlte.

Karge Landschaften

Der nächste Einschnitt kam dann mit der Wende. Im Rahmen der Planwirtschaft hatten die Bürger der DDR nämlich kaum eigenes Vermögen und viele Betriebe (1990: 4,1 Mio. Beschäftigte) befanden sich in staatlicher Treuhand, sodass, als diese dann ans Volk „zurückverkauft“ wurden, nur 5% an den Osten gingen – 15 % ins Ausland und 80% an den Westen. Letzterem gehören zudem auch zwei Drittel der Fläche östlicher Großstädte. Gleichzeitig sorgte der Systemwechsel für Arbeitslosigkeit und den Wegbruch ganzer Industrien (über 75 % der Industriearbeitsplätze und speziell 90.000 von 100.000 in der Lausitzer Energiewirtschaft), was sich im Sinken des BIPs um 17,3 % in 1989 und weiteren 34,8 % in 1990 widerspiegelt.

Bürger zweiter Klasse

Laut einer Studie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts an der Universität Leipzig von 2023 fühlt sich hier so nicht mal jeder Zweite als Gewinner der deutschen Einheit. Und obwohl sich – trotz der traumatischen ersten Erfahrung zur Wende – über 90 % für die Demokratie an sich aussprachen, hatten auch mehr als drei Viertel das Gefühl, keinen Einfluss auf das Schaffen der Regierung zu haben. Ein Grund dafür ist vor allem die starke Unter- bzw. Missrepräsentation des Ostens durch Institutionen – so sind nach einer Studie der Deutschen Gesellschaft e.V. von 2017 nur 1,7 % der Spitzenpositionen in Deutschland von Politik bis Wirtschaft durch Ostdeutsche besetzt – das betrifft auch die überregionalen Medien, die ausnahmslos West-Produkte sind.

Eigene Wahrheiten

Daraus resultiert wiederum ein höheres Misstrauen gegenüber allerlei Institutionen, wie das fors-Institutionen-Vertrauensranking von Ende 2023 zeigte (z.B. Gerichte: West 74 % – Ost 58 %, Bundespräsident: West 64 % – Ost 47 % oder Presse: West 43% – Ost 24 %) und eine erhöhte Anfälligkeit für Verschwörungstheorien. Bei der Leipziger Autoritarismus-Studie von 2020 beispielsweise vermutete jeder Zweite (2018 noch 34,5 %) aus dem Osten geheime Mächte als Strippenzieher der Politik, im Westen jeder Dritte (2018 noch 29,9 %). Insgesamt zeigt sich hier so gegenüber vielen Themen eine andere Einstellung als im Westen:

Soll Deutschland der Ukraine moderne Kampfpflanzen liefern?

- › West: Ja 46 % Nein 43 %
- › Ost: Ja 25 % Nein 67 %

Ist der Klimawandel menschengemacht?

- › West: Ja 65 % Nein 21 %
- › Ost: Ja 57 % Nein 25 %

Kommen Ausländer nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen?

- › West: Ja 22 % Nein 46 %
- › Ost: Ja 49 % Nein 29 %

Wurde die Corona-Krise großgeredet, damit einige wenige davon profitieren können?

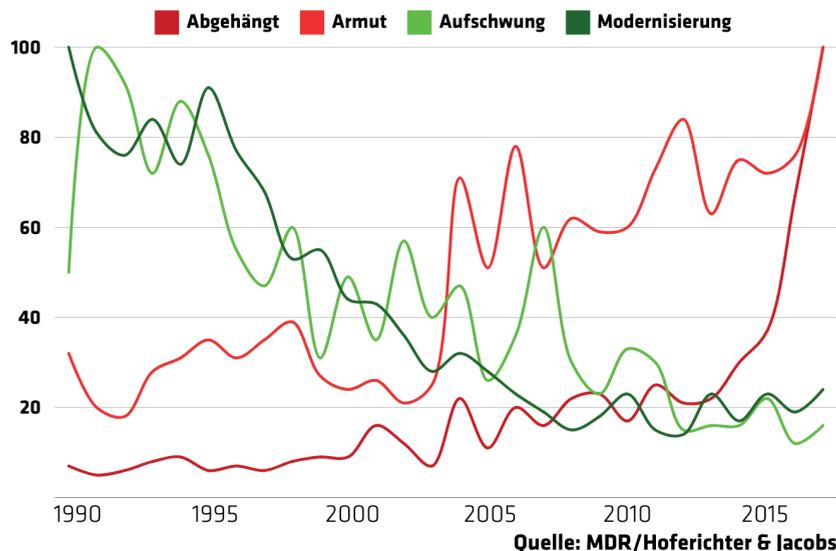
- › West: Ja 30 % Nein 70 %
- › Ost: Ja 44 % Nein 56 %

Fake News & Co.

Den „Mainstream-Medien“ misstraut man, zudem geben sie die eigene Position deutlich seltener wieder – ein sich selbst verstärkender Teufelskreis. Eine Entwicklung, die auch durch eine neue Komponente beeinflusst wird: Social Media. Obwohl diesen laut besagtem fors-Institutionen-Vertrauensranking kaum Vertrauen geschenkt wird (Ost: 7%, West: 2%), dienen sie laut einer Studie der Medienanstalten von 2022 trotzdem jedem Dritten als Informationsquelle und gelten mit einer Nutzung durch zwei Drittel sogar als wichtigste bei unter 14- bis 29-Jährigen. So drohen altbekannte Gefahren wie Filterblasen oder Desinformation – laut einer Analyse von NewsGuard dauert es z.B. im Fall des Ukraine-Kriegs keine 40 Minuten, bis man auf Tik Tok Fake-News ausgespielt bekommt – um bereits „Mainstream-misstrauische“ Menschen von alternativen Lebensrealitäten zu überzeugen. ☒

Relative Verwendung ausgewählter Begriffe in der Presse in Verbindung mit „Ostdeutschland“

in Prozent (100% bedeutet häufigste Verwendung im jeweiligen Jahr)



Aktuelles und Hintergründe zum Thema in unserem Linktree zum Ostfrust und Medien

Faktencheck: Ukraine-Krieg

Eine Kriegserklärung

„Er dient dem Schutz jener Menschen, die seit acht Jahren den Schikanen und dem durch das Kiewer Regime verübten Genozid ausgesetzt sind. Um sie zu schützen, streben wir die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine an. [...] Es ist dabei nicht unser Ziel, ukrainische Territorien zu besetzen.“ – Mit diesen Worten begründete Putin am 24. Februar 2022 seinen, ab da beginnenden, sogenannten „militärischen Spezialeinsatz“. Was jedoch als kurze Kommandoaktion geplant war – so standen die aus Belarus einfallenden russischen Soldaten innerhalb weniger Tage vor der ukrainischen Hauptstadt Kiew – entwickelte sich zu einem bis heute andauernden Stellungskrieg mit hohen Verlusten.

Humanitäre Katastrophe

Diese schätzte Militärexperte Oberst i.G. Wolfgang Richter vom Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik Ende 2023 so anhand von Daten der US-Geheimdienste und des britischen Verteidigungsministeriums auf 180.000/160.000 Verwundete und 70.000/50.000 Gefallene auf russischer/ukrainischer Seite. Auf letzterer kam es auch zu Folter, sexueller Gewalt, Verschleppung und Tötungen – laut dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte bereits über 10.000 vollständig registrierte – von Zivilisten. In der Folge kam es zur größten Flüchtlingsbewegung seit dem 2. Weltkrieg mit teils 14 Mio. Flüchtlingen, wovon etwa 6 Mio. auch noch heute außerhalb der Ukraine Schutz suchen.

Der Westen ist Schuld

... heißt dabei Putins Narrativ. „Ein weiteres Vordringen der Infrastruktur der Nordatlantik-Allianz, die bereits begonnene militärische Aneignung des ukrainischen Staatsgebiets: das ist für uns inakzeptabel. Das Problem besteht darin, dass in Gebieten direkt an unseren Grenzen, Gebieten wohlgerückt, die historisch zu uns gehören, ein uns feindlich gesinntes „Anti-Russland“ geschaffen wird [...] und das mit modernsten Waffen hochgerüstet wird.“ – sagte er so in seiner Kriegserklärung. Entgegen dieser Aussage lassen sich die Militärausgaben der beiden Länder zumindest bis Kriegsbeginn nicht ansatzweise vergleichen (siehe Abbildung) und es befanden sich bis Ende 2021 abgesehen von drei Militärmanövern (2014, 2019 & 2021) in den zehn Jahren davor immer nur maximal 4.000 NATO-Soldaten dauerhaft in der Ukraine.

Kriegsbeginn – nicht erst 2022

Und der Grund für deren Anwesenheit ist der eigentliche Ursprung des Konflikts. So sagte Putin auch: „Wir sehen [...] Kräfte, die sich 2014 in der Ukraine an die Macht geputscht haben und ihre Positionen bislang mit Hilfe von im Grunde rein dekorativen Wahlprozeduren behaupten [...]“

Militärausgaben von 2007 bis 2022 in Mrd. US\$: Russland vs. Ukraine



Die Rede ist dabei vom „Euromaidan“ genannten demokratischen Volksaufstand als Protest gegen die Verschiebung eines Assoziierungsabkommens mit der EU durch den prorussischen Präsidenten der Ukraine, Wiktor Janukowytsh, der daraufhin nach Russland flüchtete. Es kam zum Regierungswechsel. Damals nutzte Russland die politischen Unruhen, um im März 2014 völkerrechtswidrig die Krim zu annektieren und paramilitärische Gruppen in den Osten der Ukraine zu entsenden.

Krieg kann man nicht „einfrieren“

Unter deren Leitung erklärten dann Separatisten die Regionen Donezk und Luhansk als unabhängig, wobei die daraus entstehenden Kämpfe – die auch unter dem offiziellen Einsatz der russischen Armee mit z.B. 10.000 Soldaten Ende 2014 stattfanden – laut den Vereinten Nationen bis Ende 2021 über 14.000 Opfer (davon 3.400 Zivilisten) forderten. Mit vor allem Minsk I (Sep. 2014) und Minsk II (Feb. 2015) kam es zwar über die Jahre zu insgesamt 10 Waffenstillstandsvereinbarungen (weitere: Mrz. 2018, Jul. 2018, Aug. 2018, Dez. 2018, Mrz. 2019, Jul. 2019, Jan. 2020 und Jul. 2020) zwischen der Ukraine und Russland, die aber vor allem von Russland immer wieder aufs Neue gebrochen wurden.

Russland gegen Frieden

Auch nachdem Putin im Februar 2022 Donezk und Luhansk offiziell als unabhängig anerkannte und in die Ukraine einmarschierte, zeigte Russland wenig Verhandlungsbereitschaft. So wurde mittlerweile – der anfangs zitierten Aussage, man wolle keine ukrainischen Territorien besetzen zuwider – in Scheinreferenden ein Fünftel der Ukraine völkerrechtswidrig annektiert. Hier wurden nun sogar symbolisch die russischen Präsidentschaftswahlen abgehalten. Weiterhin sagte Putin im März bei einem Interview im russischen Staatsfernsehen: „Man hat uns viel versprochen, also reichen Versprechungen alleine nicht aus. Jetzt zu verhandeln,

nur weil ihnen die Munition ausgeht, ist für uns irgendwie lächerlich.“

Mythos NATO-Osterweiterung

... auf diese spielt er dabei an und stellt sie oft als Kriegsgrund hin. Vereinbarungen gegen eine NATO-Osterweiterung gab es aber nie, ganz im Gegenteil, in der NATO-Russland-Grundakte erkannte Boris Jelzin 1997 im Gegenzug für wirtschaftliche Unterstützung sogar an, dass Russland kein Vetorecht gegen die NATO-Mitgliedschaft anderer Länder hätte und auch Putin selbst sagte nach der zweiten großen NATO-Osterweiterung 2004 (danach kamen nur noch Albanien, Kroatien, Montenegro und Nordmazedonien dazu): „Hinsichtlich der Nato-Erweiterung haben wir keine Sorgen mit Blick auf die Sicherheit der Russischen Föderation.“ und jedes Land habe das Recht, seine eigene Form der Sicherheit zu wählen.

Ein sicheres Europa

Sicherheit ist hier das Stichwort, denn gerade für z. B. die baltischen Staaten war der zentrale Grund für den NATO-Beitritt die Befürchtung militärischer Übergriffe durch Russland, wie man es jetzt in der Ukraine oder in der Vergangenheit bei der Unterstützung von Separatisten in Südossetien und Abchasien in Georgien, des de facto Regimes Transnistrien in Moldau, dem Bürgerkrieg in der autonomen Republik Tschetschenien und der blutigen Niederschlagung von Protesten in Kasachstan gesehen hat. Dieser rote Faden zeigt den Grund für Putins Kriege, die sich stets gegen Demokratiebewegungen der Nachbarn richten. Für eine lange Zeit hatte Europa über diese Verletzungen des Völkerrechts Russlands hinweggesehen. Im Fall der Ukraine kommt es nun anders.

Mehr Schein als Sein

Im Februar 2024 hat die EU so das mittlerweile 13. Sanktionspaket gegen Russland beschlossen. Und auch wenn dessen BIP noch den Anschein eines Wirtschaftswachstums erweckt, zeichnen Werte wie eine weiterhin hohe Inflation von 7,5 %, der auf 16 % drastisch angehobene Leitzins, die durch den Fachkräftemangel um 17,2 % gestiegenen Löhne oder der um 40 % eingebrochene Jahresumsatz von Gazprom ein anderes Bild, während mit einseitigen Staatsausgaben von 40 % des Haushalts für den Verteidigungssektor gerade die Rüstungsindustrie angekurbelt wird – umso mehr Grund für Europa, also nicht weiter in die Kriegskasse des Aggressors Putins einzuzahlen und stattdessen die aus Selbstschutz handelnde Ukraine zu unterstützen. ☒



Aktuelles und Hintergründe zum Thema in unserem Linktree zum Ukraine-Krieg

Exkurs: Populistische Kommunikation

Populistische Parteien und Persönlichkeiten kommunizieren geschickt und raffiniert – und haben damit Erfolg. Immer wieder schaffen sie es mit provokanten Äußerungen in Radio, Fernsehen und Zeitungen und Co. – ebene etablierte Medien, welche sie oft kritisieren. Wie genau gelingt ihnen das?

„Wir gegen die anderen“ – das ist ein zentrales Motto populistischer Kommunikation. Das „Wir“, oft gleichgesetzt mit „dem Volk“, gilt dabei als tugendhaft, während „die anderen“ bzw. „die Eliten“ als abgehoben, realitätsfremd und korrupt dargestellt werden. Es wird mehr Macht für „das Volk“ und die Durchsetzung seines „wahren Willens“ gefordert.

Populismus in der Politik

Populismus ist grundsätzlich eine Ideologie-übergreifende Art der Politik und kommt unter allen Parteien vor. Hinsichtlich seiner Präsenz und ausgehenden Gefahr für die Demokratie gebührt dem Rechtspopulismus in Deutschland allerdings die größte Bedeutung. Rechtspopulistische Parteien sprechen den „Systemparteien“ bzw. „Altparteien“ oft gänzlich die Legitimität ab, außer wenn man um eine Zusammenarbeit wirbt. Sie stellen sich als bürgerlich, konservativ und liberal dar, um den Anschluss an die gesellschaftliche Mitte zu wahren. Zur Untermauerung der eigenen Forderungen berufen sie sich auf den Verstand des

„kleinen Bürgers auf der Straße“. Dabei nutzen sie klar identifizierbare, destruktive Kommunikationsstrategien, um die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben, von welcher sie profitieren.

Rechtspopulismus und Medien

Etablierte Medien werden von Rechtspopulisten scharf kritisiert, aber auch gern genutzt. Beispielsweise gilt der öffentlich-rechtliche Rundfunk aus rechtspopulistischer Sicht als unglaubwürdig, da er nur „Propaganda“ im Sinne der „Eliten“ verbreiten würde. Die reflexartigen Behauptungen, dass dargestellte Menschenmassen auf Gegen-Rechts-Demonstrationen fake seien, sind ein aktuelles

Beispiel dafür. Wenn Berichte andererseits das eigene Weltbild unterstützen, werden sie gern multipliziert. Auch nehmen Politiker rechtspopulistischer Parteien gern Einladungen in Talkshows oder für Interviews mit etablierten Medien an, um die gesellschaftliche Mitte zu erreichen.

Lausitzer als Zielgruppe

Elitenkritik und Forderungen nach mehr Macht für das Volk fruchten vor allem bei Menschen, die sich nicht ausreichend repräsentiert oder gegenüber anderen Gruppen benachteiligt fühlen. Hier liegt ein möglicher Zusammenhang mit den hohen Abstimmungswerten für die AfD unter Lausitzern, die einen Strukturbruch im Gedächtnis und die nächste Strukturentwicklung vor der Nase haben, während Ostdeutsche in der Bundesregierung unterrepräsentiert sind. Mehr dazu in unserem Faktencheck zum Thema Ostfrust auf Seite 93.

Strategien gegen Rechtspopulismus

Als wenig empfehlenswert gilt es, die Themen des Rechtspopulismus selbst zu besetzen, da dadurch die Gesamtaufmerksamkeit für das strittige Thema verstärkt wird – und die „Nachahmer“ bei den folgenden Wahlen oft das Nachsehen hinter dem „Original“ haben. Besser: populistischen Botschaften mit rationalen, argumentbasierten Appellen begegnen, ohne dabei diskriminierende Positionen zu legitimieren.

Mit Fachwissen zu Themenbereichen wie Migration oder Klimawandel kann populistische Kommunikation und ihre Wirkung auf einen selbst und andere entkräftet werden. Sobald rechtspopulistische Positionen unvereinbar mit demokratischen Prinzipien sind, sollten sie nicht mehr als alternative Lösung oder Option dargestellt, sondern vielmehr delegitimiert werden. ⊗

Populistische Trickkiste

Ad-hominem-Attacke: Statt sachlich zu argumentieren, greifen Populisten persönlich an. Es geht nicht darum, was gesagt wird, sondern wer es sagt. Dahinter steckt der Versuch, dem Gegenüber die Glaubwürdigkeit abzuspüren.

Falsches Dilemma: Populisten stellen Streitfragen so dar, als gäbe es nur zwei gegensätzliche Positionen – von denen eine besonders abwegig erscheint. Sie konstruieren damit eine Wahl zwischen zwei Extremen, statt über die Möglichkeiten dazwischen zu diskutieren.

Motte-and-Bailey-Argument: Populisten treffen öffentlichkeitswirksam Äußerungen, die Empörung hervorrufen. Anschließend werden die Aussagen so sehr abgeschwächt, dass sie einfacher zu verteidigen sind. Dabei stellen sich die Provokateure manchmal als „Opfer von Denk- und Sprechverboten“ dar, gleichzeitig verschieben sie bewusst die Grenzen des Sagbaren.

Die „schweigende Mehrheit“: Populisten reden von einer „schweigenden Mehrheit“, die von der Politik nicht gehört wird. Die einzigen, die die Interessen der vermeintlichen Mehrheit kennen, sind die Populisten selbst.

Strohmann-Argument: Statt gegen das tatsächliche Argument der Gegenseite zu diskutieren, unterstellen Populisten ihr ein Argument, das leichter zu widerlegen ist. Sie kämpfen also gegen einen erfundenen Strohmann, der einfacher zu besiegen ist.